

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Dies Blatt enthält die amtlichen

Bekanntmachungen für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, für den

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.50 M. (einschl. Postgebühren). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Dietz.



Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschriftzeile 75 Pf., für auswärtige Auftraggeber 90 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Nebereinkunft), Restname u. Gefascht die Zeile 2 Mark. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Mohrhammer, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22 Gemeindeverbands-Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 20

Bad Schandau, Dienstag, den 25. Januar 1921

65. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das abgeänderte Reichswehrgesetz ist dem Reichstag zur Beschlussfassung zugegangen.

* Die preussische Regierung erklärt noch einmal, daß eine Verschönerung der Preußenwahlen unter keinen Umständen statt findet.

* Die griechischen Truppen haben in Kleinasien eine schwere Niederlage durch die Türken erlitten.

Studentennot.

In unseren Universitäten und Hochschulen vollzieht es sich mehr als jemals früher von jungem arbeitsfrohem Volk, beiderlei Geschlechts natürlich. Denn auch in den Städten der Wissenschaft hat der Grundsatz der Gleichberechtigung endgültig über die früheren Einschränkungen und Grenzbeziehungen triumphiert. Aber so munter unsere Jugend sich gibt, im Bannkreis ihrer Hörsäle und Kliniken, ihrer Laboratorien und Seminare, so groß ist das Elend, das sie dem Auge des Unbeteiligten geschildert zu verbergen weiß. Man braucht bloß von der Tatsache auszugehen, daß in Berlin z. B. heutzutage kein Student seine notwendigen Lebensbedürfnisse mit weniger als 600 Mark bestreiten kann, während er in der guten alten Zeit mit 100 Mark schon ganz gut auskam, um eine Antwort auf die Frage zu finden, ob es in der akademischen Welt Deutschlands wohl überall so aussieht, wie es sein sollte.

Von der Not, die hier besteht, werden natürlich nicht bloß die eigentlichen Universitätsstädte betroffen. Denn unser gelehrter Nachwuchs strömt von überall her, vom Lande, von den kleinen Städten an den mit Hochschulen ausgerüsteten Plätzen zusammen. Mag es hier und da auch Abstellungen geben in der Lebenshaltung der verschiedenen Bevölkerungsteile, Abstellungen auch in der Fähigkeit, die Schwierigkeiten der studierenden Söhne und Töchter von den Elternhäusern her zu mildern, die Anforderungen der Universitätsstädte selber bleiben immer noch groß genug, um in jedem Falle als eine schlimme Notlage empfunden zu werden. Man hat schon des öfteren davon gehört, wie durch private Entschlüsse oder auch durch öffentliche Organisationen Anstrengungen gemacht werden, den Studenten wenigstens in der Wohnungsfrage oder in der Beschäftigung Erleichterung zu verschaffen. Alles das ist aber nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, da ja leider die Preisentwicklung nach oben noch immer nicht zum Stillstand gekommen ist. Zur Ehre unserer Studentenschaft aber kam und muß es gesagt werden, daß ihre Mühigkeit, ihre Lebenskraft unter allen diesen widrigen äußeren Verhältnissen nur gewachsen ist. Davon spricht allein schon die Tatsache, daß sie von der Möglichkeit, sich die Vorlesungsgebühren stunden zu lassen bis zum eigenen Erwerb, bis zur selbständigen Berufsausübung, nur einen sehr geringen Gebrauch machen, keinesfalls in dem Umfange, der auch nur der zahlenmäßigen Zunahme der Studierenden in den Jahren seit dem Kriege entspräche. Ebenso wenig drängen sie sich zu den Stipendien, die ja immer noch in ziemlich großer Zahl vergeben werden. Sie ziehen es vor, durch eigene Arbeit neben dem Studium, das eifriger als je zuvor betrieben wird, sich so viel Geld zu verdienen, daß sie sich einigermaßen durchs Leben schlagen können. Dabei scheuen sie vor keiner Arbeit, sei sie auch noch so anstrengend, so mechanisch, zurück. Sie fragen nicht einmal, ob sie des Tages oder des Nachts zu leisten ist, sie opfern ihre Ferien, ihre Erholung, sie verzichten auf Muße und Vergnügungen, nur um sich selbst helfen zu können, soweit man dazu heute überhaupt imstande ist. Und wenn es noch schlimmer mit uns Deutschen kommen sollte, als wir es jetzt schon ertragen müssen, unsere studentische Jugend wird den Mut nicht sinken lassen.

Auf einen Schlag allerdings waren sie nicht gefaßt: daß jetzt auch noch der Vater Staat kommen und ihnen die Studiengelder um rund den fünffachen Betrag erhöhen würde. Aber es ist wirklich so. Der Staat will darauf bestehen, daß die Studenten ihm einen größeren Anteil an den Selbstkosten für den Unterhalt der Universitäten abgeben müssen, entsprechend den etwa auf das 24fache gestiegenen Preisen, aus denen ihr Gesamtaufwand sich zusammensetzt. Selbstverständlich läßt sich diese Forderung rein rechnerisch durchaus begründen; nur eins bleibt bei ihr leider vollkommen unberücksichtigt: der seelische, der moralische, der intellektuelle Druck, der damit auf das Aufwärtstreiben, auf das Vorwärtstommen unserer Jugend gelegt wird. Mit dem Rechenstift allein sollte man gerade in Fragen, an denen unsere Söhne und Töchter in erster Reihe beteiligt sind, nicht arbeiten, schon aus dem Grunde nicht, weil auf diese Weise die innere Annäherung der neuen Generation an die neuen Zustände in Deutschland gewiß nicht gefördert wird.

Madrid. Ein Dekret erhebt die spanische Legation in Brüssel zum Range einer Botschaft und ernannt den Marquis von Villalobar zum Botschafter.

Washington. Der Senat hat sich grundsätzlich für die Zurückziehung der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland im Laufe dieses Jahres ausgesprochen.

Beginn der Pariser Konferenz.

Entwaffnung und Entschädigung.

Am Montag hat in Paris die Konferenz der Alliierten ihren Anfang genommen, die einberufen wurde, um eine Einigung über die Forderungen zu erzielen, die man in der Frage der Entwaffnung und Kriegsschädigung an Deutschland zu stellen beabsichtigt.

Die erste Sitzung wird sich mit der Prüfung der Frage der Entwaffnung Deutschlands beschäftigen. Die alliierten militärischen Sachverständigen scheinen nunmehr über eine Lösung einig zu sein, die Deutschland eine kurze Frist gibt, um seine Verpflichtungen betr. die Entwaffnung gemäß dem Abkommen von Spa zu erfüllen; die Interalliierte Kontrollkommission wird über die Ausführung dieser Bestimmungen wachen. Der Oberste Rat wird sich mit dieser Frage nicht länger als einen Tag beschäftigen, da er lediglich die von den militärischen Sachverständigen ausgearbeiteten Pläne gutzuheißen haben wird.

Zu bezug auf die Auflösung der Einwohnerwehren in Bayern soll England damit einverstanden sein, daß Bayern eine Frist von höchstens drei Monaten gesetzt wird; dagegen besteht noch vollständige Ungeklärtheit in bezug auf die Regelung der Verhältnisse in Ostpreußen. Was die Festlegung der deutschen Kriegsschädigung anbelangt, so ist, wie die Agence Havas nunmehr zugibt, mit dem entschiedenen Verlangen Belgiens nach einer endgültigen Festlegung der deutschen Kriegsschuld zu rechnen. Briand hat sich in der Kammer gegen diese sofortige Festlegung einer Pauschalsumme erklärt. Er möchte durch die Zulassung von Abschlagszahlungen den im Versailler Vertrag festgesetzten Termin, den 1. Mai 1921, hinauschieben. Die französische Regierungspresse läßt es im Zweifel, ob die Zustimmung Englands zu diesem Programm bereits erfolgt ist. Die ablehnende Haltung Belgiens legt die Vermutung nahe, daß England immer noch der von Millerand auf der Konferenz in Vaulogne zugestandenen Festlegung der gesamten deutschen Kriegsschädigungen den Vorkurs gibt.

Ziffern aus der Kriegsschädigung.

Eine unendliche Liste.

Die sogenannte Wiedergutmachungskommission der Entente veröffentlicht folgenden Bericht über die Lieferungen Deutschlands bis zum 31. Dezember 1920:

Die Lieferungen auf das Reparationskonto betragen bis zum 31. Dezember 1920: Kohlen (Stolz und Braunkohlen inbegriffen und gleichwertig berechnet) 17 818 840 Tonnen; Ammoniak-Sulfat 19 000 Tonnen; Dampfer, Segler, Fischerboote 2 034 729 Bruttotonnen, Flußschiffe nebst Material dazu 38 730 Tonnen, Tiere 360 000 Stück; Sämereien 6 802 558 Kilogramm; rollendes Material: Lokomotiven 4571, Waggons 129 555, Lastwagen 5000; festes Eisenbahnmateriale 140 000 Tonnen; landwirtschaftliches Material 131 505 Tonnen (Maschinen und Geräte); Farbstoffe 10 787 827 Kilogramm; pharmazeutische Produkte 57 823 Kilogramm; Untersekabel: Emden—Bigo, Emden—West, Emden—Teneriffa, Emden—Agoren (1 und 2), Agoren—New-York (1 und 2), Teneriffa—Monrovia, Monrovia—Lome, Lome—Duala, Monrovia—Barnambuco, Konstantinopel—Konstanza, Jap—Schanghai, Jap—Guam, Jap—Menado.

Außer den Deutschland gutzuschreibenden Lieferungen bestimmt Artikel 238 des Friedensvertrages, daß Deutschland verpflichtet ist, zurückzuerstatten Gegenstände jeder Art, Wertpapiere und Gelder, die weggenommen, beschlagnahmt oder sequestriert worden sind, falls es möglich ist, diese zu identifizieren, falls auf deutschem Gebiete oder im Gebiete der Alliierten. Diese Rückerstattung identifizierter Gegenstände ist durchaus zu unterscheiden von den oben angeführten Lieferungen; Artikel 253 des Vertrages setzt fest, daß deren Wert nicht auf das Reparationskonto Deutschlands gebucht werden darf. Die Kommission stellte bis zum 31. Dezember 1920 folgende Rückerstattungen für Frankreich und Belgien fest: an landwirtschaftlichen Maschinen: 13 560; Material für die Industrie: 271 207; rollendes Material: Lokomotiven: 407; Waggons: 18 928. Andere Güter sind gleichfalls zurückgestellt worden, wie Wertpapiere, eine gewisse Menge Mobilien und Kunstgegenstände.

Der Redner ging auf die Zustände in Russland des näheren ein und beschäftigte sich mit unserer Forderung wegen der Ermordung unseres Gesandten, des Grafen von Mirbach. Dr. Breitscheid meinte, daß diese Tat gesühnt sei durch die Entschädigung der russischen Regierung. Jetzt, nach zwei Jahren, weitere Sühne zu verlangen und davon die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Russland abhängig zu machen, sei einfach unverständlich. Für solche Sätze, bemerkte der Redner unter dem lebhaften Widerspruch der Rechten, fehlt uns das Verständnis.

Abg. v. Kemnitz (D. Volksp.) ließ sich des näheren über die Depeche an Mexiko aus, die während des Krieges eine bemerkenswerte Rolle gespielt hatte. Der Abg. Dr. Breitscheid hatte, indem er sich gegen Ausführungen des Abg. v. Kemnitz wandte, auf die Depeche an Mexiko angespielt. Herr v. Kemnitz hatte seinerzeit das Bündnis mit Mexiko befürwortet.

Die Aussprache der Interpellation wurde alsdann geschlossen.

Deutscher Reichstag.

(55. Sitzung.)

CB. Berlin, 24. Januar.

Die schwache Besetzung des Hauses dauert an. Den ersten Punkt der heutigen Tagesordnung bildete die Fortsetzung der Interpellation der Unabhängigen wegen Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen

Beziehungen zu Russland.

Sie in voriger Woche abgebrochen worden war. Als erster Redner nahm das Wort Abg. v. Kemnitz (D. Volksp.), der sich mit dem Grundgedanken der Interpellation einverstanden erklärte und bedauerte, daß wir die Bahnen der Bismarckschen Außenpolitik verlassen haben. Deutschlands und Russlands Interessen, führte der Redner weiter aus, laufen parallel, aber das alte Russland besteht nicht mehr. Der Bolschewismus ist allerdings äußerlich kein Grund, nicht mit ihm zu verhandeln, aber der Bolschewismus will unter allen Umständen seine Segnungen auch anderen Ländern aufzwingen und nach Lenins eigenen Worten die Weltrevolution herbeiführen. Solange diese Tatsache besteht, ist zwischen uns kein Verhandeln möglich. Dazu kommt, daß niemand verlangen kann, daß wir Waren nach Russland schicken, solange keine Gewähr für Gegenleistung besteht. Hier ertönte von der äußersten Linken her lebhafter Widerspruch, worauf der Redner bemerkte, er habe nichts dagegen, wenn die gesamten Kommunisten und Unabhängigen nach ihrem geliebten Moskau auswanderten. Mit der Einleitung der Vorarbeiten zur Wiederaufnahme der Beziehungen zu einem bürgerlichen Russland, dessen Wiedererleben binnen kurzem zu erwarten sei, sei er einverstanden. Aber dieses bürgerliche Russland würde zunächst auf sehr schwachen Füßen stehen, da erst nach Beseitigung des Bolschewismus sich die Größe der Trümmerstätte in vollem Umfange übersehen ließe.

Abg. Gothein (Dem.) erwiderte dem Vorredner, Fürst Bismarck habe vor allem auf enge Freundschaft Gewicht gelegt. Russland sei für ihn erst in zweiter Linie gekommen. Die Idee von dem künftigen Verhältnis zu einem bürgerlichen Zukunftsrussland erscheine stark illusorisch. Die Frage der Sühne des Mordes an unserm Gesandten, des Grafen Mirbach, dürfte nicht immer hindernd zwischen uns und Russland stehen. Die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern müßten wieder aufgenommen werden. Aber der Gesandte Russlands müßte verpflichtet sein, sich nicht in unsere Verhältnisse einzumischen, sonst müßte ihm der Stuhl vor die Tür gesetzt werden.

Der Redner übte dann eingehende Kritik an der Kohlenindustrie und der Eisenindustrie Russlands, die er als völlig daniebeliegend schilderte. Das Eisenbahnwesen Russlands verjage vollkommen. Der Abg. Crippien habe erklärt, Russland kann alles gebrauchen, womit aber will Russland bezahlen? Mit dem seit fünf Jahren lagernden Weizen dürfte nicht mehr viel anzufangen sein. Auch die Vorkorräte sind unwesentlich, desgleichen Häute und Felle nach den eigenen Zugeständnissen der Sowjetregierung. Es bleibt also nur Geldzahlung, und Gold ist auch in Russland knapp. Trotz alledem, schloß der Redner, müßte versucht werden, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland wieder aufzunehmen.

Abg. Frau Zetlin (Komm.) befragte den Redner über die Trugbündnis zwischen Deutschland und Rußland und bemerkte weiter, die Politik der jetzigen Regierung sehe, wie die aller früheren Regierungen im Zeichen des Wortes: „Es wird fortgewürfelt“. Auch die sozialistische Koalitionsregierung sei eine kapitalistische gewesen. Die Außenpolitik der Regierung richtet sich nach den Wünschen der Entente, wenn sie sich auch viel darauf einbildet, sich an der Mode des Russlands nicht beteiligen zu haben. Aber die ganze Mandatsstaatenpolitik und die Behandlung des Oberrettenhauptmanns Skrupowski sind bezeichnend für die Regierungspolitik. Schließlich wandte sich die Rednerin gegen die Unabhängigen und hielt ihnen ihre antibolschewistische Agitation vor.

Hierauf sprach noch der Abg. Dr. Breitscheid (U. Soz.), der sich namentlich gegen die Haltung der Deutschnationalen in der Frage der gegen Russland zu beobachtenden Politik wandte.

Wohin mit den Postreformen?

Eine Frage an Minister Giesberts.

Reichspostminister Giesberts plant neue Reformen, durch die das stetig wachsende Defizit seines Ressorts überwunden werden soll.

Alljährlich, wenn der Frühling nicht mehr fern ist, stellt sich mit schöner Pünktlichkeit die Reichspost mit einem neuen Portotarif ein, und alljährlich erklärt sie uns mit mathematischer Exaktheit, warum die Posttarife unbedingt erhöht werden müssen. Im vorigen Jahre, so sagte damals Herr Giesberts, betrug das Defizit bei der Post 2,9 Milliarden Mark, und da man sich einen solchen Luxus nicht leisten könne, so müsse das Defizit durch erhöhte Gebühren wenigstens auf eine Milliarde verringert werden. Sprach und setzte das Briefporto auf 40 Pfennig hinauf. Jetzt erklärt die Post, das Defizit für 1920/21 werde nicht nur 2,9 sondern sogar 3 1/2 Milliarden erreichen, und für das Jahr 1921/22 werde es sich sogar auf 4 Milliarden stellen. Folglich müsse man das Briefporto auf 60 Pfennig erhöhen.

Also: Die vorjährige Portorerhöhung hat das Defizit, statt es auf eine Milliarde zu verringern, von 2,9 auf 3 1/2 Milliarden anwachsen lassen. Die diesjährige Tarifreform (Reform heißt immer Erhöhung!) soll das Defizit, so läßt der Reichspostminister verkünden, auf 2 Milliarden verringern. Wir wetten eine Defizitmilliarde gegen eine Sechsermarke, daß es im nächsten Jahre auf 5 Milliarden Mark angewachsen sein wird.

Als wir noch — lang, lang ist's her — die Bänke der Quarta brühten, erhielten wir in der Mathematikstunde

einmal folgende Aufgabe: Ein Hund verfolgt einen Hasen, der hundertvierundvierzig Meter Vorsprung vor seinem Verfolger hat. Der Hund in jeder Sekunde ein hundertvierundvierzigstel des Vorsprunges ein, der Hase entfernt sich im gleichen Zeitraum um ein zweiundsechzigstel des Vorsprunges. Wann erreicht der Hund den Hasen? An diese Aufgabe erinnert uns das System der Portoerhöhung, wie es unter der Ministerschaft des Herrn Giesberts gepflogen wurde. Denn: die ganze Jagd der erhöhten Postgebühren hinter dem Defizit ist ebenso aussichtslos wie die Verfolgung des Hasen durch den Hund. Der Hase läuft eben doppelt so rasch wie der Hund, das Defizit vergrößert sich rascher als die Einnahmen steigen. Wir glauben, soweit wir uns nach so vielen Jahrzehnten noch entsinnen können, daß damals die ganze Quarta das Neuenhempelp begriffen hat. Aber es will uns schier bedünken, als ob dem Reichspostminister das zu lösende Problem immer noch nicht ganz klar sei.

Wir könnten es begreifen, wenn die Post erklären würde: Diese ganze Defizitwirtschaft muß aufhören. Die Post ist zurzeit nur ein Dreieckel von dem wert, was sie nach der Goldparität galt. Folglich kostet der Brief jetzt an eine Mark dreißig. Herr Giesberts wird zu einer solchen Erklärung sicherlich einwilligen den Mut nicht aufbringen; denn er könnte dann, und mit Recht, einiges erleben. Aber man würde ihm dann wenigstens nicht den Vorwurf der Inkonsequenz machen können. Seine Taktik ist vielmehr dem Hund den Schwanz stückweise abzuhacken, damit es ihm nicht so wehe tut. In Wirklichkeit weiß er ganz genau, daß auch die jetzt wieder geplante Tarifierhöhung völlig zwecklos ist, daß auf diese Weise die Portofläche schließlich ins Uferlose steigen müssen. Ein Doppelbrief soll künftig 1,20 M. kosten; dafür konnte man vor fünf Jahren noch mit einer Droschke vom Bahnhof Friedrichstraße zum Anhalter Bahnhof fahren. Ein Fünftelpaket soll in der Fernzone künftig 4 Mark kosten; dafür konnte man vor ein paar Jahren noch dritter Klasse von Berlin nach Stettin reisen. Wir erwähnen das nur, um zu zeigen, welche exorbitante Höhe die Portofläche bereits erreicht haben. Wenn das Milliardendefizit damit immer noch nicht zu beseitigen ist — was der Minister ja selbst ausdrücklich zugibt —, so kann dieser Weg unmöglich zum Ziele führen. Das sieht alle Welt ein; nur der Reichspostminister sieht es nicht ein.

Serrliche Zeiten aber werden für die Briefmarkensammler anbrechen. Gerade hat man angefangen, sich an die grünen Zwanzig- und an die roten Vierzig-Pennig-Marken zu gewöhnen. Jetzt werden die roten Marken grün, und die grünen gelb werden — nicht vor Leid, sondern weil die internationalen Abmachungen des Weltpostvereins es so wollen. Und wann wird die Reichsdruckerei mit dem Druck der neuen Markenwerte fertig werden? Wir sehen wieder den schönsten Raddelmüßel kommen. Nur die Markensammler werden eine Freude haben.

Die neugeplanten Portofläche.

Der Entwurf zur Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren soll alsbald an Reichsrat und Reichstag gehen. Wird dieser Entwurf Gesetz, so hätten wir für Briefe von 20 Gramm statt 40 Pf. wie bisher 60 Pf. zu zahlen, für Briefe über 20 Gramm 1,20 M., für Postkarten 40 Pf., für Pakete bis 5 Kilogramm in der Nahzone 3 M., über 5 Kilogramm 6 M., über 10 Kilogramm 12 M., über 15 Kilogramm 18 M., in der Fernzone 4, 8, 16 und 24 M. Und so weiter in schöner Entschlossenheit. Alle Portis sollen 50 bis 100 Prozent Aufschlag auf die jetzigen Sätze erhalten, Geschäftspapiere, Einbestellungen, Zeitungen, Postschicks, Telegramme — nichts wird verschont, um das Unmögliche möglich zu machen, den sich immer wieder öffnenden Abgrund des Defizits zu füllen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das neue Reichswehrgesetz.

Der Entwurf des Wehrgesetzes, der dem Reichstage jetzt mit Begründung zugegangen ist, bestimmt, daß die deutsche Wehrmacht aus freiwilligen Soldaten besteht, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Das Reichsheer zählt vom 1. Januar 1921 ab 100 000 Mann einschließlich 4000 Offiziere, dazu 300 Sanitäts- und 200 Veterinär-offiziere. Die Reichsmarine 15 000 einschließlich Offiziere und Deckoffiziere. Das Reichsheer besteht aus 21 Infanterieregimentern, 18 Reiterregimentern, 7 Artillerieregimentern sowie technischen Truppen und zerfällt in zwei Gruppenkommandos, sieben Divisionen und drei Reiterdivisionen. Die Flotte wird aus sechs Linienschiffen, sechs kleinen Kreuzern, zwölf Zerstörern und zwölf Torpedobooten gebildet. Oberster Befehlshaber ist der Reichspräsident, unter dem der Reichswehrminister die Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht ausübt.

Keine Verschiebung der Preußenwahlen.
In Oberschlesien ist noch immer das Gerücht verbreitet, daß die preussischen Landtagswahlen mit Rücksicht auf die Abstimmung verschoben werden. Die preussische Staatsregierung erklärt erneut, an eine solche Verschiebung nicht zu denken. Andererseits schlachten die Polen das Gerücht aus, daß von Berlin aus die Abstimmung verzögert werden solle. Auch daran ist kein wahres Wort.

Reichsaussenminister und Presse.
Der Reichsverband der Deutschen Presse, Bezirksverband Berlin veranstaltete aus Anlaß des 10jährigen Bestehens des Verbandes im Volkshaus des Reichstages eine Festsitzung, die bei außerordentlich starkem Besuch einen glänzenden Verlauf nahm. Hauptredner des Tages war Reichsaussenminister Dr. Simons. Dieser erinnerte daran, daß die Presse im Leben des Volkes schon eine wichtige Rolle gespielt habe, ehe die Buchdruckerkunst erfunden war. Freilich sei jene Einwirkung kaum zu vergleichen mit der in der heutigen Zeit. Simons erinnerte an die große Wichtigkeit, die schon Bismarck dem Einfluß der Presse beigelegt habe. Im Auswärtigen Amt werden 25 Bände aufbewahrt mit Artikeln, die teils von Bismarck geschrieben, teils von ihm inspiriert worden sind. Die deutsche Presse hat Gott sei Dank ihren eigenen Charakter. Ein Versuch, die deutsche Presse anders zu leiten, als in der Richtung ihrer politischen Überzeugung wäre zur Erfolglosigkeit verurteilt. Der Politiker kann der Presse Tatsachen mitteilen und Ziele seiner Politik zeigen, das Urteil darüber muß er der Presse überlassen. Ganz besonderes Lob spendete der Minister der vornehmen Haltung der Provinzpresse.

Abstimmung des Memelgebietes.
Vor einigen Tagen ist zwischen Litauen und dem Memelgebiet ein Abkommen getroffen worden, wonach zwischen beiden Ländern eine Kolonisation mit gemeinsamer

Grenze gegen Deutschland, die sich längs der Linie Schmaleningen—Memel—Nuß und Skirwith—Weden bis zum Kurischen Haff und weiter längs der Ostsee bis an die litauische bzw. lettische Grenze erstreckt. Die näheren Einzelheiten des Abkommens, namentlich des Zolltarifs, werden von einer besonderen Zolltarifkommission ausgearbeitet. Damit ist das Memelgebiet vom deutschen Reich losgerissen.

Verfassung und Sperrgesetz.

Die demokratische Fraktion des bayerischen Landtages hat den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu beauftragen, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich darüber anzurufen, ob das Sperrgesetz, das vom Reichstag nur mit einfacher Mehrheit angenommen wurde, verfassungswidrig zu Recht besteht.

Protest sächsischer Staatsbeamten.

In einer energischen Erklärung wendet sich die Vereinigung sächsischer höherer Staatsbeamter gegen die von sozialdemokratischer Seite geforderte Befestigung der höheren Beamtenstellen allein nach parteipolitischen Rücksichten. Sie verlangt, daß die verfassungsmäßig gewählte politische Bestimmungsfreiheit der Beamten geachtet und geschützt werde.

Polnische Treibereien in Berlin.

Durch die Berliner Polizei ist eine polnische Geheimorganisation aufgedeckt worden, die es sich zur Aufgabe machte, in Berlin ansässige Leute mit polnischen Namen zur Reise in das obereschlesische Abstimmungsgebiet zu verleiten, um sie dann dort zur Stimmenabgabe für Polen zu gewinnen. Es gelang der Polizei einen Mann festzunehmen, der offenbar der polnischen Organisation als Schlepper diente. Der Festgenommene gestand ein, daß er mit zahlreichen anderen Erwerblosen von polnischer Seite für größere Tagessummen gewonnen worden sei, um in Berlin aus Adressbüchern nach Familien mit polnisch klingenden Namen zu fahnden und sie für die Zwecke der Geheimorganisation zu gewinnen.

Rußland.

Antibolschewistische Kreise. Die bisherigen Gerüchte finden jetzt ihre Bestätigung, daß die Bauern massenweise in Sibirien und Kurdistan zu den Waffen greifen, um sich von dem Bolschewistenjoch zu befreien. Aus dem Nord-Kaukasus wird gemeldet, daß die Bergbewohner die Eisenbahnlinie Kizlar—Prokladnaid besetzt haben und jetzt gegen die Stadt Wladi-Kaukasus vorrücken.

Spanien.

Wachsender Terror der Kommunisten. In Sevilla sind drei Bomben explodiert, die bedeutenden Schaden anrichteten. Infolge eines Anschlages auf die Direktion einer großen Textilfabrik in Barcelona wurde die Fabrik stillgelegt, und 1300 Arbeiter werden beschäftigungslos. Ministerpräsident Dato erklärte, daß er angesichts der fortwährenden syndikalistischen Attentate dem Cortes Maßnahmen zur Veranschlagung unterbreiten werde, um den Terror wirksam bekämpfen zu können.

Griechenland.

Schwere Niederlage der griechischen Armee. Nach einer Meldung aus Konstantinopel sind über 2000 Verbundene von der griechischen Armee in Kleinasien in Konstantinopel eingetroffen. Es bestätigt sich, daß die griechischen Truppen in Kleinasien schwere Verluste erlitten haben. Man glaubt, daß der Zusammenbruch der griechischen Offensive in Anatolien den Obersten Rat der Alliierten in Paris zweifellos zu einer Revision des Friedensvertrages von Sevres veranlassen wird. In dieser Revision sieht man das einzig wirksame Mittel, um die Kemalisten zufriedenzustellen, die sich sonst mit den Bolschewisten verbinden und Kleinasien nicht mehr zur Aufgabe kommen lassen würden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der interimistische deutsche Geschäftsträger in Bukarest, Wirklicher Legationsrat Freytag, wird sich in den nächsten Tagen auf seinen Posten begeben.

Rotterdam. Nach hier eingetroffenen Berichten ist in Sabana ein Regeraufstand ausgebrochen. Die Regierung hat Truppen ausgesandt, um den Aufstand zu unterdrücken. Auf der ganzen Insel ist der Kriegszustand verkündet.

Hungerstreik gefangener Russen.

Magdeburg, 25. Januar. Im Russenlager zu Gardelegen sind die Russen in den Hungerstreik getreten. Sie wollen durch diese Maßnahme die Abberufung eines ihnen mißliebigen Arztes erzwingen.

23 deutsche Zeitungen in Deutsch-Polen eingegangen.

Königsberg, 24. Januar. Nach einer Zusammenstellung von Wolf Wengendorf in der Danziger Wochenschrift „Die Briefe“ sind seit der Abreise Westpreußen und Polens 23 deutsche Zeitungen in diesen Gebieten eingegangen. Die Zusammenstellung der einzelnen eingegangenen Zeitungen gibt ein erschütterndes Bild des Sterbens der deutschen Presse in Polen.

Oberleutnant Vogel nicht amnestiert.

Berlin. Der Strafsenat des Kammergerichts hat dem Antrag der Staatsanwaltschaft stattgegeben und die Amnestie des Oberleutnants Vogel abgelehnt.

„Am längsten hat Polen getanzt“

Schneidemühl. In den ehemals deutschen Teilen Pommerellens herrscht große Mißstimmung gegen Warschau. Die Arbeiter fordern die Loslösung von Warschau und ein selbständiges Pommerellen. In der Stadt Polen singt man ein Lied: „Sei dir im Siegertranz, am längsten hat Polen getanzt!“

Deutsch als Gerichtssprache in Elfaß-Vohringen.

Strasbourg. Auf Antrag des Conseil Consultative verfügt der Generalkommissar, daß in Zukunft die Klädners der Anwälte außer in französischer Sprache auch in hochdeutscher bzw. in Elfaß-Deutsch geführt werden können, wenn die Beklagten es verlangen.

Die Schweiz und Moskau.

Bern. Die schweizerische Sozialdemokratie verankert zurzeit eine Abstimmung über den bedingungslosen Beitritt zur dritten Internationale. Von den abgegebenen Stimmen lauteten bis zum 21. Januar 5 820 auf Ja, 18 167 auf Nein.

Harding und der Vatikan.

Paris. Nach einer Meldung aus Washington hat Senator Harding erklärt, daß er für den Fall, daß die Mehrheit der amerikanischen Katholiken die Ernennung eines Gesandten beim Vatikan fordern würde, gegen die Ernennung eines Vertreters der Vereinigten Staaten beim Vatikan keinen Einwand erheben würde.

Aus der Entente-Konferenz.

Paris. Hier verlautet mit Bestimmtheit, daß der deutsche Staatssekretär Bergmann zur Konferenz der Alliierten zugezogen werden soll. Die ganze Konferenz wird voraussichtlich nur eine Woche dauern. Die Gesamtsumme der von Deutschland zu zahlenden Kriegsentlohnung soll erst später festgesetzt werden.

Gegen die Frauenarbeit in England.

London. Als Folge der bestehenden Arbeitslosigkeit muß es aufgefaßt werden, wenn in England, das sonst für die Frauenbewegung immer viel übrig hatte, nun gegen die Einstellung von Frauen und Mädchen in den Staatsbetrieben immer häufiger Einspruch erhoben wird. Marshall William Robertson protestierte dagegen und hob hervor, daß in den verschiedenen Ministerien laut Statistik 113 345 Frauen und Mädchen in Stellung sind, während 200 000 Krieger sich ohne Arbeit befinden.

Verschiedene Meldungen.

London. Das Marineministerium veröffentlicht die Liste der Opfer des Unterseebootes „M. 5“, das untergegangen ist. Im ganzen sind sechs Offiziere und 50 Matrosen untergegangen.

Rom. Der Exportüberschuß Litauens in den ersten zehn Monaten des Jahres 1920 beträgt etwa 127 Millionen Mark.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Francs, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = angeboten; „Geld“ = gesucht.)

Währungsart	24. 1.		22. 1.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Dollars ... Gulden	1988,00	1992,00	1988,00	1992,00	170 M.
Dänemark ... Kronen	1201,25	1203,75	1168,80	1171,20	112
Schweden ... Kronen	1283,70	1286,30	1288,70	1291,30	112
Norwegen ... Kronen	1156,30	1158,70	1143,85	1146,15	112
Schweiz ... Francs	—	—	943,05	944,95	72
Amerika ... Dollar	—	—	60,18	60,32	4,40
England ... Pfund	224,75	225,25	226,12	226,62	20,20
Frankreich ... Francs	—	—	414,55	415,45	80
Belgien ... Francs	—	—	432,05	432,95	80
Italien ... Lire	—	—	218,75	219,25	80
Österreich ... Kronen	15,73	15,77	15,98	16,02	85
Ungarn ... Kronen	10,98	11,02	10,53	10,57	85
Tschechien ... Kronen	79,15	79,35	79,95	80,15	85

Berliner Produktenbörse. Nichtamtlich sind am 24. Februar im Berliner Produktenverkehr folgende Preise ermittelt für 50 Kilogramm ab Station: Speiseerbsen Vitoria 145—150 M., kleinere 130—140 M., Futtererbsen 115—120 M., Betsüßbohnen 110—115 M., Ackerbohnen 123—126 M., Widen 95—105 M., Lupinen, neue, blaue 55—60 M., neue, gelbe 63—70 M., Serradella 50—63 M., Leinfaat 280—300 M., Erbsenschnittel 53—58 M., Steffenschnittel 85—90 M., vollwertige Zuckerschnittel, helle 135—145 M., Mapstücken 58—70 M., Leinuchen 120—135 M., Torfmelasse 52—54 M., Heu, letzte Notierungen, Stroh, drahtgepreßt 17—18,50 M., gebündelt 16—17,50 M., Roggen langstroh 20—22 M., Runkelrüben 7,50—8,50 M., Mais, lose, frei Railwaggon Hamburg, Laplatamais Januar 148 M., Februar 144 M., Februar-März 143 M., März-April 143 M.

Nahe und Fern.

Professor Wilhelm von Waldeyer J. Im 85. Lebensjahre ist der berühmte Anatom von Waldeyer gestorben. Nachdem er war er tätig an den anatomischen Instituten in Greifswald, Breslau, Straßburg und kam 1883 als Ordinarius für Anatomie nach Berlin. 1910 legte er sein Amt an der Universität nieder. Er hinterläßt den Ruf eines der bedeutendsten Vertreter des wissenschaftlichen Gebietes, auf dem er so große Erfolge sammelte.

Frühlings-Erwachen. Ein 16jähriger Maurerlehrling und ein 13jähriges Mädchen aus Göschwitz haben gemeinsam den Tod auf den Schienen gesucht und gefunden. Das Mädchen, dessen Vater im Kriege gefallen ist, hat einen Brief hinterlassen, demzufolge die Tat auf unglückliche Liebe zurückzuführen ist. Die unglückliche Liebe zweier Kinder!

Wendisch auf deutschen Schulen. Die wendische Sprache soll nach einer Verfügung des preussischen Volksbildungsministers jetzt in den Bezirken Liegnitz und Frankfurt a. O. ebenso zugelassen werden, wie dies mit der polnischen Sprache in Oberschlesien und Westpreußen vorgegeben ist. Die wendisch sprechenden Kinder sollen neben dem deutschen Sprachunterricht einen wendischen Schreib- und Leseunterricht erhalten, soweit es von den Eltern gewünscht wird. Er soll auf der Mittel- und Oberstufe wöchentlich bis zu drei Stunden dauern. Die Regelungen können aber diesen Unterricht schon auf der Unterstufe beginnen lassen und ihn auf 4 bis 6 Wochenstunden bemessen.

Explosion einer Seemine. Am Westerlander Strand explodierte eine von dem heftigen Nordweststurm losgerissene und dort angetriebene Mine. Der Sachschaden ist sehr erheblich; etwa 100 Fenster Scheiben wurden durch den Luftdruck zertrümmert. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Ein englisches U-Boot untergegangen. Die britische Admiralität gibt bekannt, daß das Unterseeboot „M. 5“ am 20. Januar mit der gesamten Besatzung, ungefähr 55 Mann, hundert Meilen westlich Landens untergegangen ist.

Das Recht auf — Diebstahl. Eine Duisburger Spezialgesellschaft hatte Kobzucker zu liefern, da die Kohle wegen des niedrigen Wasserstandes mit voller Ladung nicht zum Oberrhein fahren konnten. Den Beamten der Gesellschaft war es nun aufgefallen, daß die Arbeiter, die mit der Überladung betraut waren, Zucker für sich beiseite schafften, und sie ließen durch die Polizei eine Durchsuchung abhalten. Der von den Polizeibeamten gefundene Zucker wurde den Arbeitern abgenommen, worauf diese geschlossen die Arbeit niederlegten.

Ein dreifacher Mord ereignete sich in Glibitz bei Grevesmühlen. Dort fanden Hausbewohner den Kaufmann und Bankagenten Döring und seine Frau sowie seine 80jährige Mutter über zugerichtet tot auf dem Fußboden vor. Der Verbrecher ist in seinem Bemühen, die Wohnung auszurauben, anscheinend gestört worden, denn von den Ausstattungsgegenständen fehlte nicht ein Stück. Von ihm fehlt bis jetzt jegliche Spur.

Verhängnisvolle Explosion. Durch eine infolge giftiger Gase entstandene Explosion in einem Kalkschacht der Gewerkschaft Wilhelmshall wurden drei Bergleute getötet und sieben verletzt.

Kampeneinsturz mit Todesopfern. Aus Neapel wird gemeldet: Während eine große Anzahl von Rentier-

empfangern in der hiesigen Filiale der Bank von Italien weilt, um ihre Renten entgegenzunehmen, brach eine Rampe zusammen. Es gab drei Tote und 16 Verletzte.

○ Eine Millionenspende des jüngeren Rockefeller. Nach einer Mitteilung aus Newyork hat der Sohn des amerikanischen Milliardärs Rockefeller eine Million Dollar für den Hilfsfond zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit in Europa gestiftet.

Aus Stadt und Land.

Merktblatt für den 26. Januar.

Sonnenaufgang	7 ⁵⁴	Mondaufgang	8 ³⁸ M.
Sonnenuntergang	4 ²²	Monduntergang	8 ³⁷ B.

1781 Dichter Ludwig Achim v. Arnim geb. — 1823 Mediziner Edward Jenner, Entdecker der Schutzpockenimpfung, aest.

Wettervorhersage.

Wind wechselnd, zeitweise heiter, wärmer, keine erheblichen Niederschläge.

Deutscher-Russ-Vertrag vom 24. Januar 1921:

G. 79.16 — B. 79.35.

(Mitgeteilt von der Dresdener Bank Zweigstelle Schandau.)

* Die Kirnitzsch führte gestern abend Hochwasser. In der Nähe des Städtischen Kurhauses war ihr Bett zum Ueberlaufen voll. Dort stauten sich nach der Stadtmühle abfließende Flüsse in bedrückender Weise. Gegen 11 Uhr nachts trat auf einmal ein Umschwung ein, als eine plötzliche Kälte neben Regenschauern starkes Schneetreiben brachte. Darauf setzte bei klarem Mondschein frostige Temperatur ein, so daß der Wasserwuchs nachließ und der Stand der Kirnitzsch dann sichtlich zurückging. Da die Kälte gegenwärtig anhält, dürfte vorläufig eine Hochwassergefahr von dieser Seite beschworen sein.

* In den U. S. Lichtspielen wird am Mittwoch, den 26. Januar, ein ganz neuer Film „Oberst Chabert“ gegeben. Die Hauptrolle spielt Wanda Treumann. Es ist die Tragödie eines Totgeglaubten, der in die Heimat und zu seiner Familie wiederkehrt. Der große Romanautor Balzac hat diese Idee seinem bekannten Buche zugrunde gelegt. Vorher gelangt das tolle Lustspiel „Uzels Schneegemüter ist todkrank“ zur Aufführung. Programm für Februar: Reigen (Alfa Nielsen), Dschengis Khan (nach dem Roman von Ganghofer), Tanz auf dem Vulkan II, Die lebende Tote (Henny Porten), Gewitter im Mai und zwei Neuheiten der Ufa-Gesellschaft.

* Naturschutz. Die Naturschutz-Abteilung des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz befaßt sich in ihrer letzten Sitzung u. a. mit den von privater Seite erfolgenden Abholungen am Altkenstein in der Sächsischen Schweiz, die die baldige Verabschiebung des Forstwirtschaftsgesetzes sehr erwünscht erscheinen lassen. — Eine längere Aussprache riefen die Klagen hervor, die aus allen Teilen Sachsens wegen der Abholzung der Alleen an den Verein ergingen. Der Vertreter des Finanzministeriums erklärte, daß im Einverständnis mit der zuständigen Amtshauptmannschaft nur solche Bäume geschlagen und ersetzt werden sollen, die durch Krankheit oder Alter den Straßenverkehr gefährden. Mit diesen Grundregeln zur Verjüngung der Alleen erklärte sich die Naturschutz-Abteilung einverstanden. — Die wiederholt aufgetauchte Nachricht von der geplanten Ausnützung der Wasserkraft der Kirnitzsch wurde vom Vertreter des Finanzministeriums für unrichtig erklärt und von ihm die Zusage gegeben, daß etwaige Maßnahmen in diesem zeitvollen Falle dem Verein rechtzeitig mitgeteilt werden sollen.

— Zum Schutze unserer Lungenheilstätten, die teilweise durch Abholungen bedroht sind, regte die Abteilung die Errichtung von Schutzgürteln um derartige Anstalten an und gab der Landesversicherungsanstalt anheim, diese durch Gesetz zu beantragen. — Die Erhaltung der Elbwiesen mit ihrem einseitigen, saftigen Grün läßt sich nach Mitteilung des Dresdener Gartenbauvereins nicht durchföhren, weil die Plätze zur Erntehilf der Jugend gebraucht werden. So muß in Kauf genommen werden, daß die Elbe bei ihrem Durchfluß durch Dresden nicht mehr von Wiesen, sondern von schmutzigen, zertrampelten Flächen eingerahmt wird. — Nachdrücklich wurde wieder die Haltung der heimischen Vogelwelt und der heimischen Säugetiere im Dresdener Zoologischen Garten gefordert. — Auch an unserer Hohnsteiner Straße sind in letzter Zeit große Lindenbäume der Art zum Opfer gefallen. Die Annahme, daß sie wegen der Telegraphenleitungen, die sie mit ihrem Geäst schon einigemal zerstört, hätten weichen müssen, trifft nicht zu. Vielmehr waren einzelne Bäume zum Teil bereits abgestorben und andere krank. Wahrscheinlich ist die Ursache dieser Erscheinung darin zu suchen, daß in der Nähe der Wurzeln die Gasleitungen liegen. Durch an den Rohrverbindungen austretende Gase erleidet naturgemäß die Gesundheit der Bäume Schaden. Wenn gleich es behauptet ist, daß die Hohnsteiner Straße durch das Fällen der schattenpendenden Lindenbäume eines Schmuckes beraubt wird, so ist es doch aus praktischen Gründen zu verstehen, wenn auch krankhaft veranlagte Bäume gefällt werden, ehe ihr Holz wertlos geworden ist.

* Beginn der internationalen Elbeschiffahrtskonferenz in Dresden. Am Montag ist in Dresden die Internationale Elbe-Kommission zur ersten Sitzung zusammengetreten, um nach dem Beschluß des Vertrages von Versailles neue Bestimmungen für den Elbeverkehr zu treffen. Der sächsische Ministerpräsident Buch führte in einer Ansprache an die Mitglieder der Kommission aus, welche hohe Aufwendungen Sachsen und die anderen Elbeuferstaaten an Unterhaltungskosten für die Elbe aufgewendet haben. Im ganzen seien für die laufende Unterhaltung bis jetzt 110 Millionen Mark aufgewendet worden. Daneben seien laufende Mittel für die Regulierung aufgewendet worden, die bis 1915 den Betrag von nahezu 68 Millionen Mark erreicht haben. Seit 1870 sei zur schnelleren Förderung der Elberegulierung von den deutschen Uferstaaten ein Betrag von 22 Millionen Mark bereit gestellt worden, so daß die Elbe jetzt durchweg einen geregelten, festgelegten Lauf hat. Bis zum Jahre 1915 seien nahezu auf rund 120 km beiderseitiger Länge Prellwerke und Grundschwellen verbaut, rund 500 000 m Buhnen und 100 000 Deckwehre fertiggestellt worden, während vom Jahre 1909 bis 1915 rund

15 1/2 Mill. km Baggermassen aus der Elbe entfernt worden seien. Im Laufe der Jahre sei der Stromlauf zur Erleichterung der Schifffahrt an besonders gekrümmten Stellen durch Ausführung von Durchflößen begründet worden. Zahlreiche Schutzdämme seien vorhanden, in welchen die Schiffe gegen Hochwasser- und Eisgefahr Unterkunft finden können. Erhebliche Mittel seien für Abgrabungen zur Verbesserung der Hochwasser- und Eisabfuhrung aufgewendet worden. Nach allen diesen Arbeiten könne man die Elbe einen wohlregulierten und für die Schifffahrt in hohem Maße nutzbringenden Strom nennen. Dementsprechend sei der Verkehr auf der Elbe auch recht erheblich. So seien z. B. nach der letzten, für den normalen Verkehr maßgebenden Statistik im Jahre 1913 in den 19 wichtigsten Häfen der Elbe 212 460 Personen- und Güterschiffe ein- und ausgegangen. Der Güterverkehr habe in diesen Häfen in der gleichen Zeit im Eingang 9 105 169 Tonnen und im Ausgang 10 573 792 Tonnen betragen. Im ganzen also 19 678 961 Tonnen unter völliger Gleichberechtigung aller Flaggen. — Der bisherige Präsident der Elbe-Kommission, der Delegierte der Tschecho-Slowakei, Professor Dr. Klir, erwiderte, daß er überzeugt sei, daß das Ziel der Arbeiten der Kommission die Erleichterung der Schifffahrt und somit die wirtschaftliche Entwicklung im Interesse aller sei, so daß die Elbe eine der wichtigsten Verkehrsadern werde. — Die Sitzung wird in Dresden fortgesetzt.

* Das Bergwerksunglück in Delsnig i. G. Zu dem Bergwerksunglück auf dem Friedensschacht, der im übrigen der Stadt Leipzig gehört, wird uns noch gemeldet: Montag abend 7 Uhr waren die Aufräumungsarbeiten ziemlich beendet. Es befindet sich kein Loter mehr in der Unglücksgube. Die Zahl der Toten beträgt 38, die Zahl der Verletzten 26, während der Rest der Belegschaft gerettet werden konnte. Das Unglück ereignete sich kurz nach Einfahrt der Frühlingschicht auf dem sogenannten blinden 104-Schacht, ein Verbindungsschacht. Ueber die Entstehungsurache läßt sich mit Bestimmtheit noch nichts sagen, doch wurde bei den Aufräumungsarbeiten eine aufgeschraubte Sicherheitslampe gefunden. Ob dies den Anlaß zu der Explosionskatastrophe gegeben hat, steht keineswegs fest. Die Toten sind sämtlich im Maschinenhaus des Helwigschachtes aufgebahrt und sollen ein gemeinsames Grab finden. An den Leichen stellten sich herzerregende Szenen ab, da auch Familienväter mit 7 und 8 Kindern Opfer der Katastrophe wurden. Die Verunglückten stammen aus Delsnig, Rödlitz, Gersdorf, Oberlungwitz, Hohndorf, Lugau, Lichtenstein, Neumühle und Glauchau. Die Verletzten haben meist Brandwunden und Gasvergiftungen davongetragen und fanden teilweise Aufnahme in den Krankenhäusern der Gegend. Vertreter der Berginspektionen Stollberg und Freiberg sowie des Ministeriums in Dresden weilten nachmittags an der Unfallstelle. Die Aufräumungsarbeiten werden fortgesetzt, und die Arbeit ist in den übrigen Schächten der Bergwerkschaft wieder aufgenommen worden. Den Hinterbliebenen und Verwundeten wendet sich die Teilnahme der Bevölkerung der ganzen Gegend zu. — Der „Chemnitzer Volksstimme“ wird von Bergarbeitern gemeldet: Die Entstehungsurache der Katastrophe ist in jedem Fall zurückzuführen auf die Wetterführung, die zweifellos nicht den Verhältnissen entsprach. Die Explosion hätte nicht an dieser Stelle stattfinden können, wenn die Wetterführung eine bessere war. Zweifellos dürfte die Untersuchung vor der Arbeit früh nicht in richtiger Weise gehandhabt worden sein, sonst hätte festgestellt werden müssen, daß Schlagwetter in großer Menge vorhanden waren. Wie dem Teufel-Sachsendienst noch gemeldet wird, sind im Verlaufe des heutigen Tages von den Schwerverletzten noch 8 Mann gestorben, so daß die Zahl der Opfer sich jetzt auf 46 beläuft. Geheimer Bergrat Fischer ist im Auftrag der sächsischen Regierung nach Delsnig gefahren, um die amtliche Untersuchung einzuleiten. Wahrscheinlich wird der Finanzminister selbst heute jedenfalls nach Delsnig fahren. Ministerpräsident Buch wird an der Beerdigung der Opfer teilnehmen.

* Amerikanische Schulkinder haben nach dem berühmten Beispiel der bekannten Kyle School in Irvington-on-Hudson ihr Taschengeld geopfert, um deutschen Kindern, die hungern müssen, zu helfen. Die Gelder fließen in die Sammlungen des American Friends Service Committee in Philadelphia, von dem sie für deutsche Hilfszwecke verwendet werden.

* Die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen im Dezember 1920. Die letzte Besserung der Lage des sächsischen Arbeitsmarktes im November hat nach einem Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung im Dezember nicht angehalten. Es ist vielmehr mit dem Abflauen des Winternachtsgeschäftes ein starker Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften eingetreten, der auch in einer Abnahme der vermittelten Stellen zum Ausdruck kam. Als Folge ist für Ende Dezember eine wesentliche Erhöhung der Erwerbslosenziffer zu erwarten. Die Lage wurde verschärft durch den Streik im sächsischen Steinkohlenbergbau. Wenn er auch nur 9 Tage dauerte, so verursachte er doch einen Ausfall von rund einem Drittel der Monatsförderung. Eine Anzahl Gas- und Elektrizitätswerke mußte infolge Kohlenmangels den Betrieb schließen, wodurch auch zahlreiche industrielle Werke in Mitleidenschaft gezogen wurden.

* Der neue Bischof für Sachsen. Zum neuen Bischof für Sachsen ist Prälat Skarla in Bautzen ernannt worden.

* Eine Verlängerung der Polizeistunde in Sicht? Nach zuverlässigen Mitteilungen beabsichtigt Minister des Innern Filipinski, die Polizeistunde zu verlängern. In einzelnen Fällen sind bereits mehrfach verschiedenen Korporationen, die Feste feiern wollten, erhebliche Vergünstigungen von dem Polizeiminister selbst gewährt worden, so daß die Verordnung schon durchlöcherig ist. Der Minister begründet seine Maßnahmen damit, daß den Erwerbstätigen, die bis abends beschäftigt sind, Gelegenheit gegeben werden muß, auch Erholung zu suchen und ihrem Vergnügen nachzugehen zu können. Da es vorgekommen ist, daß derartige Vergünstigungen erlassen worden sind, ohne das Polizeipräsidium zu verständigen, sind daraus merkwürdige Konflikte entstanden, deren Austragung noch aussteht. Die Polizei ist

in mehreren Fällen eingeschritten und hat auch ein Verfahren gegen die Korporationen, die auf Grund eines Dispenses vom Minister ihre Vergünstigungen über die Polizeistunde hinaus abhielten, eingeleitet.

* Spare in der Not. . . Auf dieses schöne Wort hat sich jetzt, wie aus der langatmigen Verlautbarung der sächsischen Staatskanzlei hervorgeht, auch unsere sächsische Regierung besonnen. Reichlich spät ist diese Erkenntnis allerdings gekommen, nachdem man zwei Jahre lang in der denkbar „größtmöglichen“ Weise gewirtschaftet hat. Im übrigen ist es bezeichnend, daß die neuen Sparmaßregeln gerade zu derselben Zeit herausgegeben werden, in der man im Schoße der sächsischen Regierung eine Erhöhung der Bezüge der Landtags-Abgeordneten erwägt. Man hat dabei an Erhöhten gedacht, die jedem Landtags-Abgeordneten eine sichere Jahreselnnahme von 18 000 M. bringen und demnach bei 96 Landtags-Abgeordneten einen Jahresaufwand von 1 728 000 M. erfordern würde. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß eine Erhöhung gedacht wird, während man den Erwerbslosen die Unmöglichkeit der Durchführbarkeit ihrer Forderungen immer aus dem Parlament heraus vor Augen führen muß, dann versteht man es, warum die Vertreter der Rechten im Landtage sich nicht nur gegen eine Erhöhung der Diäten der Landtags-Abgeordneten, sondern vielmehr für einen Abbau der gegenwärtig 900 M. pro Monat betragenden Diäten entschieden aussprechen.

* Protestversammlung gegen Sozialisierung usw. Wie das Leipziger Tageblatt meldet, soll im Februar in Dresden eine große Versammlung von 58 deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden abgehalten werden, um gegen die Sozialisierung und ähnliche Bestrebungen Einspruch zu erheben.

Neustadt i. Sa. Die Stadtverordnetenwahlen gingen trotz der lebhaften Agitation von allen Seiten nur mit einer Durchschnittsbeteiligung der wahlberechtigten Einwohnerschaft vor sich. Von 3043 wahlberechtigten Neustädter Einwohnern haben im ganzen 2136 ihr Wahlrecht ausgeübt. Das sind ungefähr 70 Prozent. Bei Verteilung der Sitze blieben nach dem Wahlauschluß auf die verbundenen bürgerlichen Listen 8, auf die sozialdemokratische 6 und auf die Beamtenliste 1 Stadtverordnete entfallen.

Radeberg. Vor Eintritt in die Tagesordnung verließen in der letzten Stadtverordnetenversammlung die 10 bürgerlichen Vertreter den Sitzungssaal, da ein von ihnen eingebrachter Antrag, den als letzten Punkt auf die Tagesordnung gebrachten Antrag der Bürgerlichen vom 7. 9. 20 an erster Stelle zu verhandeln, mit 14 sozialistischen Stimmen abgelehnt worden war. Dieser Antrag ging dahin, die Zahl der unbeforderten Stadträte herabzusetzen zu erhöhen, daß dem bürgerlichen Teile des Stadtverordnetenkollegiums eine seiner zahlenmäßigen Stärke entsprechende Vertretung im Rate gesichert wird.

Pulsnitz. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich bei der Firma Schurig-Kaupach. Der Webstuhlmeister Selbert aus Pöllung geriet bei der Reparatur eines Webstuhls in die Transmission. Da zur Zeit des Unfalls niemand zur Stelle war, ist der Vorgang noch unaufgeklärt, insoweit es konnte ihm auch nicht sofort Hilfe zuteil werden. Man fand ihn später in schrecklichem Zustande im Getriebe hängen. Der Tod scheint auf der Stelle eingetreten zu sein. Der Verunglückte war verheiratet und hinterläßt mehrere erwachsene Kinder.

Dresden. In Marienbad wurde ein Mann verhaftet, der sich Graf Viktor Anton Maria Jovanow-Breitenfurt, Freiherr von Wecourt nannte. Seine Angaben im Meldesettel stimmten mit den im Gothaischen Taschenbuche für gräfliche Familien eingetragenen Personaldaten des Grafen gleichen Namens überein. Die Persönlichkeit des Grafen ist als die des Forstgehilfen Alexander Karl Friedrich Eichenbach aus Dresden-Übtau festgestellt worden. Hierzu wird noch berichtet: Dieser E. hat auch im Riesengebirge eine Rolle gespielt. Er war Forstgehilfe bei der gräflich Schaffgotschen Verwaltung und wurde entlassen, weil er sich schon damals widerrechtlich einen Adelsittel beigelegt hatte. In Petersdorf fand er Eingang in eine vermögende Kaufmannsfamilie und lebte dann mit deren Tochter längere Zeit zusammen. Nach deren Vermögensverfall trennte er sich von ihr und verheiratete sich mit einer aus sehr vermöglicher Patrizierfamilie stammenden jungen Dame, die aber bald nach der Hochzeit starb und ihn zum alleintigen Erben ihres weit über eine Million betragenden Vermögens machte.

Freiberg. Bei der vorgestern in Freiberg stattgefundenen Stadtverordnetenwahl erhielten die Bürgerlichen 8737 Stimmen, die Mehrheitssozialisten 3179, die Unabhängigen ebenfalls 3179 und die Kommunisten 143 Stimmen. Damit sind 24 bürgerliche und 15 sozialdemokratische Kandidaten gewählt.

Chemnitz. Durch ein Feuer wurde am Sonntag selb der Dachstuhl des am Hauptmarkt gelegenen „Römischen Kaisers“ vollständig zerstört. Das Feuer fand im Holzwerk reiche Nahrung, so daß sich bald ein Großfeuer entwickelte. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der „Römische Kaiser“ gehört zu den ältesten Gebäuden der Stadt Chemnitz. Aber auch geschichtlich ist das Gebäude von besonderem Wert. Es war lange Zeit eines der besten Fremdenheime der Stadt und diente seit den Freiheitskriegen vielen hohen fremden und fürstlichen Persönlichkeiten als Gaststätte.

Ermitzschau. Kunststarker Stolzner von hier, der im Zwölckau usw. künstlerische Arbeiten geliefert hat, wurde in Dortmund bei einem Automobilzusammenstoße getötet.

Leipzig. Am Sonntag hielt der Allgemeine deutsche Buchhandlungsgehilfenverband eine außerordentliche Hauptversammlung in Leipzig ab, zu der Vertreter und Vertrauensmänner aus dem ganzen Reiche erschienen waren. Einen Hauptberatungsgegenstand bildete die Frage des gewerkschaftlichen Anschlusses des Buchhandlungsgehilfenverbandes an den Gesamtverband deutscher Angestelltenvereinigungen. Nach längerer Debatte beschloß die außerordentliche Hauptversammlung, sich dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband anzuschließen.

Wichtigkeit des Flachsanbaues.

Drei hochwertige Erzeugnisse.
Es ist unter den deutschen Landwirten noch immer nicht bekannt, zu welcher großen Bedeutung der Anbau von Flachs für unser ganzes Wirtschaftsleben ist. Leidet doch die deutsche Volkswirtschaft unter dem Mangel an Leinwandwaren so sehr, daß z. B. nach einer Feststellung über das Elend in München bei 45% der unbemittelten und mäßig bemittelten Familien keine Leinentücher vorhanden sind. Durch den Flachsbaue gewinnt man aber außerdem Öl und Futter für das Vieh. Auch an diesen beiden Erzeugnissen leiden wir empfindlichen Mangel. Konnte doch z. B. neulich bei den Verhandlungen über die Vieh- ablieferung ein französischer Vertreter behaupten, daß die Älteren den Deutschen mit der Abnahme von Rindvieh

nur einen Gefallen tun, weil es sonst durch Mangel an Futter doch zugrunde gehen müßte. Die Einfuhr von diesen drei Warenarten können wir uns nur in sehr geringem Maße leisten, da wir kaum das einzuführende Brotgetreide bezahlen können. Die deutsche Flachsbaugesellschaft ist sogar der Meinung, daß der Leinwandbau soweit gesteigert werden kann, um die Einfuhr von Leinwandwaren zu erübrigen. Auch darf die Wirkung auf den Arbeitsmarkt nicht unterschätzt werden. Eine große Anzahl von Arbeitern würde bei der Verarbeitung des Flaches Beschäftigung finden. Abgesehen von diesen rein volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten lohnt der Leinwandbau für den einzelnen sehr, was sich auch daraus ergibt, daß man drei hochwertige Erzeugnisse zugleich gewinnt.

Aus dem Gerichtssaale.

Kein Tag ohne Elarz-Prozess. Es vergeht kaum noch ein Tag, an dem nicht die interessante Familie Elarz die Öffentlichkeit beschäftigt. Jedem neuen Elarz-Prozess folgt ein neuer und ein alternativer. Diesmal ging es wieder um Heinrich Elarz, der, um einen nicht ganz einwandfreien Zigarettenhandel seines jetzt in Danzig wohnenden Bruders Jean Elarz ins Harmlose hinüberzuleiten, an einem Regimentszahlmeister Bestechungsversuche vorgenommen haben soll. Sie sind ihm „vorbeigelungen“, und er hatte sich nunmehr vor einer Berliner Strafkammer zu verantworten. Heinrich Elarz wollte die Amnestie für sich in Anspruch nehmen, aber das Gericht hielt sie nicht für anwendbar und verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis.

Bleibenden Wert hat die Schandauer Chronik!

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Das **Ortsgesetz für den 4. Hebammenbezirk,** betreffend Umgebungsgebühren, ist aufsichtsbehördlich genehmigt worden und liegt ab heute 14 Tage lang in der Ratskanzlei zur Einsicht aus. **Sohnstein (Sächs. Schweiz), am 21. Januar 1921.**
Der Bürgermeister.

Nichtamtlicher Teil.

Gewerkschaftsbund der Angestellten — Ortsgruppe — Bad Schandau.
Mittwoch, den 26. Januar, abends 8 Uhr, Hotel „Krone“:
Ordentl. Hauptversammlung.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Wahlen. 4. Anträge. 5. Verschiedenes.
Anschließend Bericht des Kollegen **Wirth, Birna** über die Tagungen in Magdeburg und Leipzig.
Zahlreiches Erscheinen notwendig. **Der Vorstand.**

Mütter! Rad-Jo und Frauenwohlfahrt.

Ausflürende Schriften über Erzielung einer leichten, oft gänzlich schmerzlosen Entbindung bei Erhaltung der mütterlichen Schönheit und Erzielung reichlicher Milchabgabe erhält man gratis und franko. Eine umfangreiche Broschüre gegen Einsendung von 2 M. in Marken oder Papiergeld.
Die Wahrheit über das segensbringende Mittel **Rad-Jo** muß immer tiefer ins Volk dringen!
Rad-Jo-Versandgesellschaft, Hamburg 40, Radjoposthof.

Ungerle Markthalle.
Frisch eingetroffen:
Ba. gutes Schweinefett
3 Pfund 15 M., sowie
gute Tafel-Margarine

Musikdirektor **W. Schneider, Dresden**
Jägerstrasse 35
empfiehlt sich hiermit den geehrten Saalhabern, Vereinen und Privaten zur
Ausführung von Konzert- u. Ballmusik.
Anmeldungen nimmt entgegen **A. Kohlase,** Schützenhaus, Bad Schandau. ☎ Fernruf 47.

Bis Sonnabend kaufe ich Lumpen, Papier, Knochen
in Schneiders Schankwirtschaft.
PAUL JURJANZ.

Dentist M. Schiweck

Bad Schandau ☎ Am Markt 3
empfiehlt sich zum
Einsetzen künstlicher Zähne,
Zahn von 15 Mk. an,
Plomben von 6 Mk. an, sowie **Goldkronen** zu mäßig. Preis.
Auch **Umarbeiten** schlecht sitzender Gebisse bei mäßiger Berechnung.
☎ Zur Landes-Versicherungs-Anstalt zugelassen. ☎

Zeitungsausgabe 6 Uhr abends.
nur bis

Lampen Kronen Antiquitäten

Jedes Stück ist deutlich sichtbar mit dem Preis ausgezeichnet!
Kretschmar, Bösenberg & Co.
Dresden-A., Sorrestr. 5/7, **Naher Pirmascher Platz.**



Die neue **Klinger's** Zug- und Heilsalbe
besitzt die sicherste Heilskraft bei Karbunkel, Furunkel, Flechten, Frostbeulen, Weinschäden, Hautentzündungen und äußere Hämorrhoidalleiden.
Erhältlich in der **Abler-Apothek,** Bad Schandau.
Aerztlich empfohlen.



Trauerbriefe u. Trauerkarten fertigt schnell an
A. Sächs. Elbe.



Bad Schandau Kurhaus
Vorzugsprogramm!
Mittwoch, 26. Januar:
Naturbild.
Axels Schwiegermutter ist todkrank, Lustspiel.
Wanda Treumann-Film:
Oberst Chabert.
Neuheit! Gr. Drama nach dem Roman von Balzac. Vorstellung 8 Uhr.

Kammerjäger Hermann Hoyer
Dresden - N., Götische Straße 18, Tel. 28740 ☎ vertilgt
Matten, Mäuse, Wanzen, Schwaben u. dergl. unter Garantie.
Berte Offerten u. „D. G. 6107“ an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten. — Bin nur wenige Tage am Plage.

Zu verkaufen:
1 Regulator, 1 Tisch, 1 Kanapee, 1 Kinderwagen.
Zur Besichtigung Donnerstag von 2 bis 3 Uhr bei **Franz Wenzel,** Sebützer Straße 120.

Eine Magd sucht
Erbgericht Mittelndorf.

Rippen-Tabak

empfiehlt **Curt Martin.**
Achtung! Verkauft 100 Stk. Lauben
in allen Massen zu niedrigsten Preisen. — Nehme auch welche in Tausch.
Nich. Kunath, Lichtenhain.

Inserate
für alle in- und ausländischen Zeitungen
besorgt zu Originalpreisen
Geschäftsstelle der Sächs. Elbzeitung.

Auto-Verkaufsstelle
einer ersten deutschen Automobilfabrik sucht zur Interessenvertretung für hiesigen Platz und Umgebung eine namhafte **Firma der Branche** oder repräs. Herrn mit nur besten Verbindungen. Zuschriften erb. unter „G. G. 192“ **Invalidentank Dresden.**
Suche wegen Erkrankung des jetzigen ein ehrliches, fleißiges

Mädchen
für Haushalt und Geschäft für sofort bei hohem Lohn.
Oskar Ullig, Feinplätt-Unternehmenszentrale, Birna, Schmiedestraße 21.

Gastwirtschaft

mit oder ohne Saal bei hoher Anzahlung zu kaufen gesucht.
Angebote erbitet
Otto Böhme, Neugersdorf (D.-L.), Hotel „Siegeshalle“.

Josef Fiechtl Dresden-A., Schloßstr. 23.

Fernsprecher 28015.
Aeltestes und einziges Spezialgeschäft für **Lodenbekleidung.**
Sie finden bei mir eine reichhalt. Auswahl zu zeitgemässen niedrigen Preisen in **Mänteln, Pelerinen, Anzügen, Joppen, Hosen, Hüten, Mützen, Gamaschen, Damenkostümen, -röcken, Breeches-hosen, Dirndlkleidern** usw. ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
Besichtigung ohne jeden Kaufzwang.

Buch-Romane

in geschmackvollen Einbänden sind willkommene Geschenke.
Zu haben in der **Geschäftsstelle der Sächs. Elbzeitung.**